

**Präsident Weber:** Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die siebte Anfrage trägt den Titel „**Weitere Planungen beim Schulstandort Fritz-Gansberg-Straße**“. Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Fecker, Frau Dr. Schaefer, Dr. Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Bitte, Herr Kollege Fecker!

Abg. **Fecker** (Bündnis 90/Die Grünen): Wir fragen den Senat:

Erstens: Welche räumlichen Planungen verfolgt der Senat bezüglich der Schule für sozial-emotionale Förderung, die sich am Standort Fritz-Gansberg-Straße befindet?

Zweitens: Welche Planungen verfolgt der Senat in Bezug auf den Standort des Regionalen Beratungs- und Unterstützungszentrum, ReBUZ, Ost, welches sich zurzeit ebenfalls am Schulstandort der Fritz-Gansberg-Straße befindet?

Drittens: Welche grundsätzlichen Planungen verfolgt der Senat bezüglich einer zukünftigen Nutzung des Schulstandorts Fritz-Gansberg-Straße insgesamt?

**Präsident Weber:** Die Anfrage wird beantwortet von Frau Senatorin Jürgens-Pieper.

**Senatorin Jürgens-Pieper:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Die Schule für sozial-emotionale Förderung, die sich am Standort Fritz-Gansberg-Straße befindet, wird die Räumlichkeiten des Standortes zunächst weiter nutzen. Das Gebäude ist in den Siebzigerjahren von dem Architektenbüro ausdrücklich gemeinsam mit Sonderpädagogenteams geplant worden. Es ist daher sehr gut für die Förderung von Kindern und Jugendlichen geeignet.

Zu Frage 2: Das ReBUZ Ost musste aus den Räumlichkeiten am Standort Große Weidestraße ausziehen. Die Suche nach Standorten im Bremer Osten blieb erfolglos. Durch die Fertigstellung des Neubaus an der Vegesacker Straße und den dadurch möglichen Auszug der Schüler der Schule Vegesacker Straße aus dem Gebäude Fritz-Gansberg-Straße wurden dort Räume frei, die durch den Einbau von Leichtbauwänden für das ReBUZ hergerichtet werden konnten. Das ReBUZ Ost kann zunächst bis auf Weiteres im Gebäude der Fritz-Gansberg-Straße verbleiben.

Zu Frage 3: Die Schule für sozial-emotionale Förderung an der Fritz-Gansberg-Straße soll die Räumlichkeiten des Standortes bis auf Weiteres nutzen. Wie lange dieses Schulangebot noch vorgehalten werden muss, ist derzeit noch nicht absehbar. Als mögliche Optionen für eine Anschlussnutzung wären dort neben der Betreuung der vorübergehend nicht in der Regelschule beschulbaren Schülerinnen und Schüler auch außerschulische Nutzungen vorzusehen, etwa in der Kindertagesbetreuung. - Soweit die Antwort des Senats!

**Präsident Weber:** Frau Senatorin, eine Zusatzfrage der Abgeordneten Frau Dr. Schierenbeck!

Abg. Frau **Dr. Schierenbeck** (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Senatorin, ich habe eine Zusatzfrage, und zwar in Bezug auf eine mögliche Nutzung durch Grundschüler in Schwachhausen: Wie entwickeln sich die Zahlen der einzuschulenden Kinder in Schwachhausen in den kommenden Jahren, und welche Konzepte sind für zusätzliche Klassen und an welchen Standorten angedacht?

**Präsident Weber:** Bitte, Frau Senatorin!

**Senatorin Jürgens-Pieper:** Es ist in der Tat auch eine mögliche Option, dort einen Grundschulstandort einzurichten, allerdings mit dem Problem, dass die Räume, weil sie eben für ein Förderzentrum gestaltet worden sind, nur sehr kleine Klassen erlauben würden. Die Klassengröße ist kleiner, die Gruppen umfassen im Normalfall sechs Schüler. Bei dieser Art von Schülern ist es auch nicht möglich, mehr Schüler in eine Lerngruppe aufzunehmen. Daher müsste man sie für eine Grundschule zumindest umbauen, aber der Standort ist eigentlich sehr schön, auch das Gelände ist relativ groß, es ist viel Grünfläche vorhanden, und direkt gegenüber liegt der Kindergarten, insofern gäbe es auch eine ideale Zusammenarbeitsmöglichkeit. Ich habe bei meinem Besuch mit Erstaunen festgestellt, dass das Gebäude sogar eine Mensa hat, die im Augenblick von der Schule aber nicht betrieben wird.

Es gibt also unterschiedlichste Optionen im Stadtteil, und um Ihre Frage zu beantworten: Ja, es gibt an einigen Stellen steigende Schülerzahlen. Wir reagieren an bestimmten Grundschulstandorten darauf mit Erweiterungen. Ob noch eine ganze Schule notwendig ist, ist im Augenblick noch nicht entschieden, weil diese Schule, wie gesagt, nicht sehr viele Möglichkeiten für größere Lerngruppen ergeben würde, denn die Obergrenze liegt bei 24 Schülern. Diese Obergrenze erreichen wir häufig in Schwachhausen, weil dort keine Abschlüsse für Sozialindikatoren bei Klassenfrequenzen stattfinden. Daher ist es nicht der ideale Standort, aber

von den Räumlichkeiten und von der Umgebung her auf jeden Fall. Eine Zusammenarbeit mit der Kita kann aber auch so passieren, deshalb haben wir erst einmal signalisiert, wir wollen den Standort relativ lange erhalten.

Sie wissen vielleicht, dass im Augenblick eines der Hauptprobleme der Inklusion die Akzeptanz von Eltern gerade für diese Art von Schülern ist, die sozial-emotionale Probleme haben. Vor diesen Schülern haben Eltern, gerade auch bildungsinteressierte Eltern, besondere Angst, wenn sie in Klassen ihrer Kinder sind, denn sie erfordern relativ viel Aufmerksamkeit. Deshalb haben wir uns verständigt, dass dieser Standort zunächst einmal erhalten bleibt und nicht als einer der ersten Förderzentrenstandorte aufgelöst wird, sondern als der allerletzte, das will ich hier ganz deutlich sagen. Wir müssen uns überlegen, wie das Konzept für Schülerinnen und Schüler mit sozial-emotionalen Behinderungen, aber auch für Schüler, die zeitweise Störungen im Verhaltensbereich haben, aussehen soll, Das ist ein großes Problem, das wir beim Inklusionsthema lösen müssen.

**Präsident Weber:** Frau Kollegin, haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Dr. Schierenbeck** (Bündnis 90/Die Grünen): Nun ist es so, dass in Schwachhausen in diesem Schuljahr schon mindestens eine Klasse fehlte, und das wird im kommenden Schuljahr auch so sein. Wo soll die Klasse denn jetzt konkret untergebracht werden?

**Präsident Weber:** Bitte, Frau Senatorin!

**Senatorin Jürgens-Pieper:** Da kommen wir jetzt an andere Schulstandorte. Wir werden versuchen, sie an den Grundschulstandorten unterzubringen, an einigen sind auch Planungen entstanden, aber jedenfalls nicht an diesem Standort als Grundschulstandort.

**Präsident Weber:** Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die achte Anfrage steht unter dem Betreff „**Wiedereröffnung der Geburtshilfe am Klinikum Bremen-Mitte (KBM)**“. Die Anfrage ist unterzeichnet von den Abgeordneten Bensch, Röwekamp und Fraktion der CDU.

Bitte, Herr Kollege Bensch!

Abg. **Bensch** (CDU): Wir fragen den Senat:

Zu welchem Zeitpunkt strebt der Senat derzeit die Wiedereröffnung der Geburtshilfe am KBM an,

und welche Vorkehrungen müssen bis dahin getroffen werden?

Plant der Senat, eine Arbeitsgruppe einzusetzen, die für den Betrieb der Geburtshilfe am KBM ein neues Konzept ausarbeitet, und, wenn ja, wann wird sie eingesetzt, und wer soll daran beteiligt sein?

Mit welchen Maßnahmen wirkt der Senat derzeit dem Verlust von Know-how im Bereich der Kinderchirurgie am KBM entgegen?

**Präsident Weber:** Diese Anfrage wird beantwortet von Frau Senatorin Jürgens-Pieper.

**Senatorin Jürgens-Pieper:** Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Die Wiedereröffnung der Geburtshilfe im KBM wird zum zweiten Halbjahr 2013 angestrebt. Voraussetzungen hierfür sind insbesondere die Erarbeitung eines neuen Gesamtkonzeptes für die Geburtshilfe, unter anderem unter Einbindung der niedergelassenen Ärzte, und die Modifizierung des Personalkonzeptes, zum Beispiel fächerübergreifende Personalausnutzung und Maßnahmen der Personalgewinnung. An der Schaffung dieser Voraussetzungen arbeitet die Gesundheit Nord zurzeit.

Zu Frage 2: Die Einsetzung einer Arbeitsgruppe durch den Senat ist nicht vorgesehen. Die Konzepterarbeitung ist ausschließlich operatives Geschäft der beteiligten Geschäftsführer des Klinikverbundes.

Zu Frage 3: Es besteht kein Verlust von Know-how in der Kinderchirurgie. Dort werden zwar weniger Fälle behandelt, es findet jedoch eine enge Verzahnung mit den geburtshilflichen Abteilungen im KLdW und KBN statt. - Soweit die Antwort des Senats!

**Präsident Weber:** Haben Sie eine Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Bensch** (CDU): Frau Senatorin, Sie haben im März dieses Jahres in einer, wie ich finde, sehr vorbildlichen Art und Weise ein Ausfallkonzept auf den Weg gebracht, was die Neonatologie nach Schließung et cetera angeht. Sie haben die gesundheitspolitischen Sprecher aller Fraktionen eingeladen. Ist es für Sie vorstellbar, sobald die Wiederinbetriebnahme der Geburtshilfe am KBM bevorsteht, so einen Schritt nochmals zu unternehmen, um einen Konsens herbeizuführen?

**Präsident Weber:** Bitte, Frau Senatorin!